



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Deutscher Bundestag
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin
Ansprechpartner: Lars Drebold, Birgit Heine,
Kathrin Kortmann
Tel: (030) 227 – 71111
Fax: (030) 227 – 76099
Email: matthias.miersch@bundestag.de

Wahlkreis
Kurt-Schumacher-Haus
Odeonstr. 15/16
30159 Hannover
Ansprechpartnerinnen:
Heidrun Hellemann, Frauke Meyer-Grosu
Tel: (05 11) 16 74 303 (9:00 - 14:00 Uhr)
Fax: (05 11) 92 03 190
Email: matthias.miersch.wk@bundestag.de

www.matthias-miersch.de

Berlin, den 24. Juni 2016

Persönliche Erklärung **zu Brexit, Fracking, Nationales Begleitgremium und Erbschaftssteuer**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Genossinnen und Genossen,

es gibt Situationen, in denen man richtig durchgeschüttelt wird. Die heutige Abstimmung der Briten zeigt, dass nichts selbstverständlich ist. Auf der anderen Seite merkt man als Abgeordneter an so einem Tag wie heute auch, dass sich scheinbar endlose Diskussionen und auch Hartnäckigkeit auszahlen. Das Erreichen des Vorrangs der Erdverkabelung war so ein Moment und auch heute geht es mir wieder so, weshalb ich diese Persönliche Erklärung schreibe.

1. Brexit

„Europa – jetzt erst recht“ habe ich gedacht, als der Erfolg der Eurogegner in Großbritannien feststand. Europa muss gerade jetzt beweisen, dass es für Frieden und Solidarität steht. Dafür werden auch weitere Reformen notwendig sein. Große Sorgen mache ich mir um Großbritannien. Das Land ist tief gespalten. Plötzlich werden auch die Stimmen der anderen nationalistischen Kräfte, z.B. in den Niederlanden und in Spanien, wieder lauter. Gleich werden wir zu einer ersten Sondersitzung der SPD-Bundestagsfraktion zusammen kommen. Ich bin froh, dass mit Frank-Walter Steinmeier und Martin Schulz zwei Sozialdemokraten an entscheidenden Stellen agieren. Es geht jetzt um sehr fundamentale Fragen. Die SPD stand in ihrer Geschichte immer für die Werte, die es nun zu verteidigen gilt.

2. Fracking

In einigen der letzten Persönlichen Erklärungen habe ich immer wieder auf die schwierige Diskussion mit der CDU/CSU in Sachen Fracking hingewiesen. Vor über einem Jahr haben wir in einer ersten Lesung über den Regierungsentwurf beraten.



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages

Besonders kontrovers wurde über die Frage des sogenannten Frackings von unkonventionellem Gas gestritten, das in den USA praktiziert - und in Deutschland durch Firmen wie Exxon geplant - wird. Gegenstand vieler Demonstrationen und Veranstaltungen war die Rolle einer Expertenkommission, die nach dem Regierungsentwurf aufgrund von Probebohrungen über den Übergang zur kommerziellen Förderung hätte entscheiden können. Bereits in der ersten Lesung habe ich für die SPD- Bundestagsfraktion erklärt, dass eine solche Entscheidung beim Bundestag liegen müsse und nicht von einer Expertenkommission getroffen werden könne. Problematisch war, dass weite Teile von CDU/CSU eine völlig andere Auffassung hatten, gleichzeitig aber das bestehende Recht völlig veraltet gewesen ist, so dass eine gesetzliche Neuregelung dringend angezeigt war. Nachdem nun in Niedersachsen die Industrie mit weiteren Anträgen aufgrund der alten Rechtslage gedroht hat, konnten wir einen wichtigen Durchbruch erzielen, der klar unsere Handschrift trägt:

- Erstmals wird in Deutschland das unkonventionelle Fracking verboten. Das Verbot gilt bundesweit und ist unbefristet.
- Max. vier Probebohrungen zu wissenschaftlichen Zwecken können in Deutschland zugelassen werden, allerdings nur mit Zustimmung der jeweiligen Landesregierung.
- Die Expertenkommission übermittelt dem Deutschen Bundestag lediglich einen Bericht, der dann prüft, ob das Verbot noch angemessen ist. Solange der Bundestag nicht ausdrücklich das Verbot aufhebt, bleibt es bestehen.
- Für das in Niedersachsen seit den 60er Jahren praktizierte Fracking von konventionellem Gas gelten zukünftig hohe Umweltstandards. So muss z.B. künftig ein Einvernehmen mit den Wasserbehörden erzielt werden. Im Bereich des Bergschadensrechts findet zugunsten der Bürger eine Beweislastumkehr statt. Der Niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel hat bereits angekündigt, dass er mit längeren Genehmigungsverfahren rechne, die auch vor Gericht landen könnten, wenn die Abwägung nicht sorgfältig erfolge. Die Unternehmen werden somit Gelegenheit bekommen, gerade in einigen Gebieten Niedersachsens zu beweisen, dass sie die Zeichen der Zeit erkannt haben.

Wir haben mit diesem Paket somit fast vollständig die Dinge umgesetzt, die die Niedersächsischen Landtagsfraktionen von SPD und Grünen im letzten Jahr in einem Entschließungsantrag von uns verlangt haben. Ich weiß, dass einige Grüne und auch bestimmte Verbände den Beschluss nun kritisieren. Damit ich nicht nur eine Bewertung vornehme, gebe ich zwei Links zu zwei Kommentaren von Journalisten der



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

TAZ und der Süddeutschen Zeitung, die nun wirklich nicht dafür bekannt sind, blind die Große Koalition in ihrer Umweltpolitik zu loben:

<http://taz.de/Kommentar-Geplantes-Fracking-Gesetz/!5315884/>

<http://www.sueddeutsche.de/politik/fracking-bohren-verboden-1.3044606>

<http://www.sueddeutsche.de/politik/fracking-geht-doch-1.3045850>

3. Nationales Begleitgremium im Rahmen der Endlagersuche

Gestern haben wir (ich glaube, erstmals in dieser Periode mit allen Fraktionen des Bundestages) das Nationale Begleitgremium im Rahmen der Endlagersuche beschlossen. Das ist ein wichtiges vertrauensbildendes Signal an die Zivilgesellschaft und die Mitglieder der Kommission zur Suche eines Lagers für hochradioaktiven Abfall. Das Nationale Begleitgremium wird den gesamten Suchprozess unabhängig begleiten, Defizite benennen und ggfs. eigene wissenschaftliche Expertise einholen. Es besteht in der ersten Phase aus sechs Personen mit hohem gesellschaftlichem Ansehen (diese werden im September ausgewählt). Darüber hinaus werden drei Zufallsbürger benannt, von denen einer der jüngeren Generation angehört. Wir orientieren uns dabei auf inzwischen sehr gut erprobte Dialog-Verfahren z.B. im Rahmen von großen Infrastrukturprojekten.

Als ich den Vorschlag für das Nationale Begleitgremium machte, wurde ich auf Seite 2 der Süddeutschen Zeitung von einem Rechtsprofessor massiv angegriffen. Der Vorschlag sei von der Verfassung nicht gedeckt. Es könne neben Bundesregierung und Bundestag kein weiteres Gremium geben. Auch der Bundestagspräsident äußerte sich kritisch. Die Reaktionen zeigten mir, dass die Lehren, die aus über 40-jähriger verfehlter Politik in der Endlagerfrage notwendig sind, noch lange nicht einvernehmlich gezogen werden. Umso mehr freue ich mich, dass nun alle Fraktionen des Bundestages diesen Versuch wagen. Das Nationale Begleitgremium wird aber nur ein Mosaikstein in einem der schwierigsten Verfahren sein. Am 5. Juli wird die Kommission, in der ich für die SPD-Bundestagsfraktion mitgewirkt habe, nach zweijähriger Arbeit ihren Bericht abgeben. Er wird viele Dinge enthalten, die ebenfalls für einen Neuanfang wichtig sind. Bis Frühjahr 2017 werden wir sehen, inwieweit Bundestag und Bundesrat dann die Vorschläge übernehmen werden.

4. Erbschaftssteuer

Nach langem Streit wurde endlich ein Kompromiss bei der Erbschaftssteuer erzielt. Vor allem Horst Seehofer hat über lange Zeit zugunsten von reichen Firmenerben die aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts notwendige Reform



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages

blockiert. Von seinen acht Forderungen konnte er nun keine durchsetzen. Dennoch ist der Kompromiss nur der kleinste gemeinsame Nenner zwischen SPD, CDU und CSU. Ich hoffe, dass durch den Bundesrat noch Änderungen erfolgen. Gerade Niedersachsen spielt hier eine wichtige und gute Rolle. Unabhängig davon, wird es nun Aufgabe der SPD sein, mit Blick auf das Wahlprogramm 2017 die Gerechtigkeitsfrage zu stellen. Das wird nicht nur steuerliche Fragen betreffen. Nach zweieinhalb Jahren Großer Koalition, in der die SPD wichtige Dinge durchgesetzt hat, gilt es, wieder ein eigenständiges Profil zu schärfen. Das muss u.a. auch die Fragen über die Bürgerversicherung, die Stabilisierung des Rentenniveaus und auch die Notwendigkeit des Wegfalls des Kooperationsverbotes im Bildungsbereich beinhalten. Es gibt zahlreiche Dinge, die mit CDU/CSU nicht zu machen sind. Das muss klar benannt werden. Als Sprecher der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion habe ich insoweit in zahlreichen Stellungnahme diese Debatte um ein sozialdemokratisches Profil angemahnt. Wer möchte, kann auf meiner Homepage ein aktuelles Interview im Deutschlandfunk hören bzw. lesen:

http://www.deutschlandfunk.de/spd-wahlkampf-die-die-mehr-haben-muessen-mehr-fuer-die.694.de.html?dram%3Aarticle_id=357091

Soviel wieder als Darlegung meiner persönlichen Sichtweise. Ich freue mich über Anmerkungen und Anregungen.

Herzliche Grüße!

Matthias Miersch MdB